

Dr. Brigitte Schumann, ifenici@aol.com

Zweigliedrigkeit: bildungspolitische Kapitulation und gefährliche Tabuisierung „deutscher Zustände“

Es ist inzwischen üblich, die Reichweite bildungspolitischer Reformen in Deutschland am Ausgang des Hamburger Volksentscheids zu messen. „Hamburg hat es doch gezeigt!“ ist politischer Topos geworden. Vertreter der Grünen und der SPD benutzen ihn wie ein Mantra und begründen damit ihr Abrücken von dem Modell einer Schule für alle und ihr Plädoyer für die Zweigliedrigkeit. Der sozialdemokratische Kultusminister Jürgen Zöllner gab jüngst die Empfehlung an seine Länderkollegen aus, das zweigliedrige Berliner Modell zu importieren.

Was hat Hamburg denn gezeigt?

Dass das Gymnasium dem Deutschen heilig ist?

Dass allerhöchstens in Deutschland die Zweigliedrigkeit akzeptiert wird?

Sehr früh wurde die Hamburger Volksinitiative „Wir wollen lernen!“ von einigen Medien als „Gucci-Elternschaft“ enttarnt, die sich schamlos für den puren Eigennutz ihrer Sprösslinge einsetzte. Dennoch gelang es den Initiatoren und Unterstützern aus den oberen Schichten, die gesellschaftliche Mitte hinter sich zu bringen und die frühe Trennung der Kinder nach Leistung und Herkunft mit Geld, Einfluss und einer aggressiven Angstkampagne erfolgreich zu verteidigen. Sie profitierten davon, dass sich Teile der Bürgerschaft für die halbherzige Reform nicht erwärmen konnten, und waren Nutznießer des Dilemmas in unserer Demokratie, dass Angehörige der unteren Schichten kaum noch politisch partizipieren. Migranten ohne deutschen Pass waren erst gar nicht wahlberechtigt. Wenn der Hamburger Volksentscheid und die politische Reaktion darauf etwas gezeigt haben, dann ist es die Funktionsweise eines gefährlichen „Klassenkampfes von oben“, vor dem grüne und rote Bildungspolitik kapitulieren.

Hamburg ist „Klassenkampf von oben“!

Genau so muss man es sehen und benennen. Hamburg fügt sich ein in die Erkenntnisse von Wilhelm Heitmeyer, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Seit 2000 erforscht er im Rahmen einer Langzeitstudie Erscheinungsweisen, Ursachen und Entwicklungen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland. In seiner jüngsten Veröffentlichung von 2010 unter dem Titel „Deutsche Zustände“ verweist er auf veränderte Einstellungen der höheren Einkommens- und Statusgruppen in Deutschland. „Vieles deutet darauf hin, dass sich diese

Menschen - politisch stimuliert- aus der Solidargemeinschaft zurückgezogen haben“, lautet sein Urteil.

Unter Angehörigen der oberen Schichten macht Heitmeyer eine geringe Bereitschaft zur Unterstützung schwacher Gruppen aus. Ihre Privilegien verteidigen sie mit der Stigmatisierung dieser Gruppen und fühlen sich trotz einer beispiellosen Umverteilung von unten nach oben ungerecht behandelt. „Angesichts der offenkundig instabilen Entwicklung auf den Finanzmärkten, unsicherer wirtschaftlicher Konjunkturverläufe, strapazierter öffentlicher Haushalte und die soziale Spaltung forcierende politische Entscheidungslinien“ sind für ihn diese deutlichen Anzeichen für einen Rechtspopulismus in den oberen Schichten besonders beunruhigend.

Unterstützt wird diese Entwicklung durch namhafte Vertreter aus dem Bereich von Politik, Wirtschaft, Medien, Kultur und Wissenschaft. Im Jargon der Verachtung lassen sie sich öffentlich über Hartz IV-Empfänger, Langzeitarbeitslose und Migranten aus und legitimieren soziale Ungleichheit und Spaltung. So wird Akzeptanz für rechtspopulistische Haltungen und Einstellungen, die bislang eher mit Menschen aus den unteren Schichten in Verbindung gebracht werden, in der Mitte der Gesellschaft verfestigt.

Was zählt?

Die UNESCO hat die Inklusion seit der Weltkonferenz von Salamanca 1994 zum Gegenstand ihrer weltweiten Bildungskampagne gemacht. Inklusiv ist nach ihrem Verständnis unser Schulsystem erst dann, wenn nicht nur alle Barrieren fallen, die Kinder mit Behinderungen von Kindern ohne Behinderungen trennen. Auch Barrieren innerhalb des allgemeinen Schulsystems müssen als solche identifiziert und überwunden werden. Soziale Ungleichheit, Benachteiligung, Behinderung und Exklusion sind schließlich Resultate der selektiven Schulstruktur.

Mit der Ratifizierung der UN-BRK hat sich Deutschland verpflichtet, ein inklusives Schulsystem zu entwickeln. Warum orientiert sich die rote wie grüne Bildungspolitik an Hamburg und nicht an dem Auftrag der Inklusion? Warum wird das Menschenrecht auf inklusive Bildung nachrangig behandelt und dem Erhalt des Gymnasiums untergeordnet?

Kein geringerer als der Leiter des Instituts für Schulentwicklungsforschung an der Universität Dortmund hat in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 24. 6. 2009 wissen lassen, dass wir in Deutschland „eine schlagkräftige, sehr rührige und kampagnenfähige Mittelschicht“ haben, „die alles dafür tut, dass das Gymnasium nicht abgeschafft wird“. Mit zynisch wirkender Offenheit hat er hinzugefügt: „Seien Sie doch ehrlich, Sie und ich würden auch alles dafür tun, dass unsere Kinder auf ein Gymnasium gehen und nicht mit den

Schmuddelkindern spielen. Und eine Partei, die das Ende des Gymnasiums fordert, würde nicht wiedergewählt werden. Deshalb wird es dazu nie kommen. So einfach ist das.“

So einfach? Jedenfalls hilft ein Zitat wie dieses zu erklären, warum selbst unter Rot-Grün oder Grün-Rot die für Deutschland rechtsverbindlich geltende Verpflichtung zur Verwirklichung eines inklusiven Schulsystems, das allen die gleichen Möglichkeiten gibt, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen, Geschlecht, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen miteinander zu lernen, den Lobbyinteressen des Gymnasiums untergeordnet wird.

Die Gemeinschaftsschule: kein Ausweg aus der Zweigliedrigkeit!

Kann es über die Ermöglichung von Gemeinschaftsschulen auf der Entscheidungsebene der Kommune und im Konsens mit allen Beteiligten vor Ort einen sanften Reformweg geben, der die starre Zweigliedrigkeit verhindert? NRW und nun auch Baden-Württemberg haben sich für diesen Weg entschieden und feiern die neue Entscheidungsstruktur als demokratischen Sieg über politische Bevormundung und bürokratische Überregulierung.

In Schleswig-Holstein hat sich jedoch gezeigt, dass das Gymnasium auf freiwilliger Basis nicht eingefangen werden kann in einen integrierten Zusammenschluss aller Schulformen. Mit der Ermöglichungspolitik wird lediglich die politisch „von oben“ verordnete Zweigliedrigkeit vermieden. An ihre Stelle tritt eine Zweigliedrigkeit, die fast naturwüchsig wirkt, weil sie doch „von unten“ gewollt ist und sich nach und nach entwickelt. Zweigliedrigkeit ist auch auf diesem Weg programmiert – freilich ohne dass die Landespolitik die Verantwortung dafür übernehmen muss.

Es ist enttäuschend, wie wenig Grüne und Sozialdemokraten ihre Mehrheit in der Bevölkerung nutzen, um soziale Inklusion und gleichwertige Teilhabe als Leitbilder in der Gesellschaft zu verankern. Sie drücken sich vor der historischen Aufgabe, das Schulsystem aus seiner ständischen Tradition zu befreien und zu demokratisieren. Dabei ist nicht nur Kernspaltung hochgefährlich, sondern auch ein gespaltenes Schulsystem, das die vorhandene gesellschaftliche Kluft vertieft. Die Anti-Atombewegung hat es vorgemacht: Nur mit Aufklärung, langem Atem und starkem zivilgesellschaftlichen Druck wird es einen bildungspolitischen Ausstiegsbeschluss geben.

Dr. Brigitte Schumann, ifenici@aol.com